

Was geht in Sachen Waffenherstellung und Waffenausfuhrverbot?

Autor(en): **Pavoni-Lezzi, E.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **63 (1969)**

Heft 2

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141567>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sprechend ihrem Wachstum reichlich dotiert wird, hat bis jetzt erst etwa die Hälfte ihres wissenschaftlichen Stabes beisammen. Gegenwärtig sind Amerikaner, Briten, Jugoslawen und Tschechoslowaken dort tätig, und bald wird noch ein Russe zu ihnen stossen. In Übereinstimmung mit der Leitung des Instituts sieht das Forschungsteam heute als dringendste Aufgabe die Kontrolle oder, bescheidener ausgedrückt, eine Übersicht über die Herkunft der Kriegsmateriallieferungen und auch die Wege, die sie einschlagen. Nicht dass diese Leute die Illusion nährten, ihr internationales Register könne dem Waffenhandel ein Ende setzen. Was sie wollen, ist dies: Dieser Handel muss einmal *aus dem Dunkel heraus ans Licht* gezogen werden, so dass sich gewisse Regierungen vor aller Öffentlichkeit zu dem, was sie selbst tun oder ihre Staatsangehörigen tun lassen, bekennen müssen. Dann wird sich weisen, ob die öffentliche Meinung auf die Art, wie unsere Beziehungen zum Ausland durch Waffenlieferungen verbessert oder verschlechtert werden, noch irgendwelchen Einfluss hat.

Der verdienstvolle Versuch des schwedischen Instituts wird sicher auch von vielen Schweizern begrüsst, denn wenn sein Unternehmen hält, was es in Aussicht stellt, wird die Schweiz, schon allein auf Grund *des Bührle-Skandals* und der Verflechtung von Bundesstellen mit den Waffenlieferungen, einen nicht zu bescheidenen Platz in der internationalen «Ehregalerie» einnehmen.

Man möchte wünschen, es würde sich analog dem schwedischen Institut für Friedensforschung in der Schweiz eine Körperschaft finden, die, ebenso grosszügig eingestellt wie die schwedische und ebenso gut unterstützt, sich für Kriegsverhütung und für den Kampf um den Frieden einsetzt. Max Arnold hat im Nationalrat seinerzeit einen Vorstoss in dieser Richtung gemacht. Wann werden wir mehr davon hören? Red.

Was geht in Sachen Waffenherstellung und Waffenausfuhrverbot?

In der Dezembernummer 1968 der «Neuen Wege» hat Hugo Kramer bereits auf den Skandal der Waffenschiebung der Firma Bührle & Co. hingewiesen. Mit Recht hat das Bekanntwerden des Verbrechens überall Empörung hervorgerufen. Schon anfangs 1968 befasste sich der Schweizerische Friedensrat mit der Angelegenheit von Waffenlieferungen von Schweizer Firmen an kriegsbeteiligte oder kriegführende Länder, und es ist sicher noch in Erinnerung, dass Bundesrat Celio, der damalige Chef des Eidgenössischen Militärdepartements, vor dem Nationalrat den Schweizerischen Friedensrat und dessen Präsidenten, Dr. Hansjörg Braunschweig, in sehr empörter Art und Weise und in unsympathischem, schulmeisterlichem Ton glaubte zurechtweisen zu müssen, weil dieser sich erlaubt hatte, öffentlich

den Verdacht des unerlaubten Waffenhandels zu äussern. Auch wenn es sich damals um eine andere Schweizer Firma handelte, die es der Wachsamkeit eines Nachbarlandes zu verdanken hatte, dass sie in jenem bestimmten Falle nicht schuldig wurde, so hat nun die durch eine Amtsstelle des Bundes ans Tageslicht gebrachte und Jahre zurück zu verfolgende Affäre Bührle doch gezeigt, dass es höchste Zeit ist, dass bei uns in Sachen Waffenherstellung und Waffenausfuhr etwas geht.

Das Büro des Schweizerischen Friedensrates, in dem alle bedeutenden Friedensorganisationen der Schweiz vertreten sind, hat denn auch in seiner Sitzung vom 15. Dezember 1968 in einstimmiger Meinungsäusserung beschlossen, eine *Initiative für ein Waffenausfuhrverbot* zu lancieren. Der Kontakt mit Persönlichkeiten und Organisationen, die in dieser wichtigen Frage immer und immer wieder warnend ihre Stimme erhoben haben, wurde rasch aufgenommen. Es zeigt sich nun, dass die vom Schweizerischen Friedensrat eingeladene, auf schweizerischer Ebene stehende Versammlung über die ergriffene Initiative für ein Waffenausfuhrverbot hinaus *mehrheitlich* beschlossen hat, eine *zweite Initiative* für eine vermehrte *Rüstungskontrolle* durch den Bund zu lancieren. Eine Waffenausfuhrverbotsinitiative allein würde den Zweck nicht erfüllen.

So hat denn der Schweizerische Friedensrat als Dachorganisation schweizerischer Friedensorganisationen wie seinerzeit in der Frage der Entwicklungshilfe oder der «Bewegung gegen die atomare Aufrüstung der Schweiz» auch diesmal den Anstoss dafür gegeben, dass etwas in Sachen Waffenherstellung und -ausfuhr geschehe. Der Wortlaut der beiden Initiativen kann erst bekanntgegeben werden, wenn die zweite «überparteiliche» Versammlung, die Mitte Februar 1969 stattfinden wird, den von einem provisorischen Komitee aufgestellten Text der beiden Initiativen angenommen hat. Darauf kann mit den Vorbereitungen für die Unterschriftensammlung begonnen werden. Jedenfalls ist beabsichtigt, die unterschriebenen Initiativen noch vor den Sommerferien unter Dach zu bringen, das heisst einzureichen. Man soll das Eisen schmieden, solange es heiss ist. Wichtig ist, dass im ganzen Lande, in Süd und West, in Nord und Ost, viele Kräfte des guten Willens schon heute mobilisiert werden.

5. Februar 1969

E. Pavoni-Lezzi

Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen und ziviler Dienst

Klein ist die Zahl der Männer, die ihrem Ideal, dem Frieden, nachleben und sich deshalb weigern, an den Vorbereitungen von angeblich unvermeidbaren Kriegen und deren Abwehr teilzunehmen. Dies gilt für die Schweiz